Albert Reinhardt
e-mail: konsortium@psi-21.de
albert-reinhardt@psi-21.de

Politische Bildung greift zu kurz, wenn sie Kultur nicht mitbildet

Mit der Kulturbildung während der Pubertät verhält es sich ähnlich wie mit Kommunikation überhaupt. Paul Watzlawicks berühmter Satz, man könne „nicht nicht kommunizieren“, gilt auch für gesellschaftliche Entwicklungsräume: Eine Gesellschaft kann Jugendliche nicht nicht prägen. Auch dort, wo sie ihnen keine ernsthafte politische Wirksamkeit eröffnet, sendet sie eine Botschaft. Sie sagt dann unausgesprochen: Eure Wahrnehmung zählt noch nicht. Eure Fragen sind pädagogisches Material, aber kein Bestandteil gemeinsamer Wirklichkeitsbildung. Eure Zukunft ist Thema politischer Reden, aber noch kein Ort verbindlicher Antwort. Gerade deshalb ist politische Bildung nie neutral im Sinne eines folgenlosen Unterlassens.

Auch fehlende, kümmerliche oder verkümmerte Kommunikationsformen bilden Kultur. Sie tun es nur verdeckt, verzögert und häufig deformierend. Wo Jugendliche Demokratie vor allem als Belehrung, Simulation oder folgenlose Beteiligung erleben, entsteht kein tragfähiger demokratischer Kulturraum, sondern ein Erfahrungsdefizit. Dieses Defizit verschwindet nicht. Es sedimentiert sich in Haltungen, Affekten, Misstrauen, Rückzug oder Protestformen, die erst Jahre später als „Zeitgeist“ sichtbar werden.

So gesehen entstehen gesellschaftliche Stimmungen nicht plötzlich innerhalb einer Wahlperiode. Wahlperioden machen nur sichtbar, was sich zuvor über Jahre in Sozialisations- und Kommunikationsräumen gebildet hat. Ein beschädigter demokratischer Erfahrungsraum wirkt zeitverzögert. Wenn Jugendliche über lange Zeit nicht erfahren, dass ihre Wahrnehmung politisch anschlussfähig ist, darf man sich später nicht wundern, wenn Demokratie für viele nur noch als fremdes Verfahren erscheint: als Bühne anderer, als Ritual der Erwachsenen, als Machtspiel ohne echte Resonanz.

Kulturbildung in der Pubertät ist deshalb kein weiches Begleitprogramm politischer Bildung, sondern eine demokratische Schlüsselfrage. In dieser Entwicklungsphase werden nicht nur Meinungen ausgebildet, sondern Grundmuster von Zugehörigkeit, Selbstwirksamkeit, Konfliktfähigkeit und Vertrauen. Wer diese Phase politisch unterschätzt, überlässt die kulturelle Prägung anderen Kräften: kommerziellen Plattformlogiken, Empörungsökonomien, Abwertungsgemeinschaften oder bloßer Resignation.

Demokratische Kulturbildung braucht eine öffentliche digitale Infrastruktur

An dieser Stelle wird eine weitere Leerstelle sichtbar: Politische Bildung und demokratische Kulturbildung können nicht dauerhaft auf technischen Infrastrukturen stattfinden, deren Geschäftsmodell selbst demokratische Kultur untergräbt.

Soziale Medien erscheinen auf den ersten Blick wie öffentliche Räume. Sie verbinden Menschen, ermöglichen Austausch, Sichtbarkeit, Mobilisierung und Teilhabe. In diesem Sinn wirken sie wie

digitale Gemeingüter. Tatsächlich sind sie jedoch keine Commons, sondern Pseudo-Commons: Räume, die gemeinschaftlich genutzt, aber privat kontrolliert werden. Die Nutzerinnen und Nutzer erzeugen durch ihre Beiträge, Beziehungen, Aufmerksamkeit, Daten und Affekte den eigentlichen Wert. Dieser Wert wird jedoch nicht gemeinschaftlich verwaltet, sondern von Plattformunternehmen abgeschöpft und in Werbeprofile, Verhaltensprognosen und Marktmacht verwandelt.

Damit entsteht ein grundlegender Widerspruch: Demokratie braucht freie, vertrauenswürdige und pluralitätsfähige Kommunikationsräume. Die dominierenden digitalen Plattformen optimieren jedoch nicht auf demokratische Verständigung, sondern auf Verweildauer, Erregung, Bindung und kommerzielle Verwertbarkeit. Sie stellen keine neutrale Infrastruktur bereit, sondern formen Wahrnehmung, Sichtbarkeit und soziale Resonanz nach Kriterien, die der öffentlichen Kontrolle weitgehend entzogen sind.

Das ist mehr als ein Datenschutzproblem. Es ist ein Strukturproblem demokratischer Selbstbildung. Wenn die Räume, in denen Jugendliche Zugehörigkeit, Konflikt, Anerkennung und Öffentlichkeit erfahren, von Geschäftsmodellen geprägt werden, die Aufmerksamkeit kommodifizieren, dann wird demokratische Kulturbildung abhängig von privatwirtschaftlichen Selektionslogiken. Eine Gesellschaft, die ihre Jugend in solchen Räumen sozialisiert, darf sich nicht wundern, wenn Öffentlichkeit zunehmend als Erregungsmarkt, Identitätskampf oder manipulierbare Bühne erlebt wird.

Der Ausweg kann deshalb nicht allein in Medienkompetenz bestehen. Medienkompetenz bleibt notwendig, aber sie reicht nicht aus, wenn die Infrastruktur selbst falsch gebaut ist. Man kann junge Menschen nicht nur darin schulen, sich in problematischen Räumen vorsichtig zu bewegen, während man zugleich versäumt, bessere Räume zu schaffen. Demokratische Gesellschaften brauchen eine digitale Daseinsvorsorge: öffentlich finanzierte, gemeinwohlorientierte, transparente und datensparsame Infrastrukturen, in denen Kommunikation nicht zur Ware gemacht wird.

Echte digitale Commons unterscheiden sich von Pseudo-Commons dadurch, dass sie nicht nur gemeinschaftlich genutzt, sondern auch gemeinwohlorientiert geregelt werden. Sie beruhen auf offenen Standards, nachvollziehbaren Regeln, demokratischer Aufsicht, Datenschutz, Interoperabilität und einer klaren Trennung von öffentlicher Kommunikation und kommerzieller Verwertung. Ihr Zweck ist nicht maximale Aufmerksamkeit, sondern verlässliche Verständigung. Nicht Profilbildung, sondern Vertrauensbildung. Nicht algorithmische Erregungssteuerung, sondern demokratische Anschlussfähigkeit.

Für PSI-21 bedeutet das: Die technische Infrastruktur darf nicht bloß ein Werkzeug sein, das nachträglich hinzukommt. Sie ist Teil des pädagogischen, politischen und kulturellen Konzepts. Wenn Jugendliche erfahren sollen, dass ihre Fragen öffentlich zählen, dass politische Ebenen antworten müssen und dass demokratische Konflikte bearbeitbar sind, dann muss auch der digitale Raum diese Erfahrung tragen. Er muss geschützt, nachvollziehbar, barrierearm, werbefrei und öffentlich verantwortet sein.

Dabei geht es nicht um staatliche Kontrolle von Meinung. Im Gegenteil: Gerade weil demokratische Öffentlichkeit staatsfern, plural und kontrovers bleiben muss, braucht sie eine eigene institutionelle Architektur. Öffentliche Finanzierung darf nicht bedeuten, dass Regierungen Inhalte steuern. Sie muss bedeuten, dass die Gesellschaft die Voraussetzungen freier Kommunikation bereitstellt, ohne diese Kommunikation kommerzieller Ausbeutung zu überlassen. Vergleichbar mit Bibliotheken, öffentlich-rechtlichen Bildungsräumen oder kommunaler Infrastruktur müsste ein digitaler Public-

Common-Raum rechtlich geschützt, unabhängig beaufsichtigt und gemeinwohlorientiert betrieben werden.

Das Spannungsfeld lässt sich daher so beschreiben:

Digitale Demokratie kann nicht auf Plattformen gegründet werden, die Gemeinschaft simulieren, während sie Gemeingüter privatisieren. Eine demokratische Gesellschaft braucht nicht nur politische Bildung, sondern auch eine öffentliche technische Infrastruktur, in der demokratische Erfahrung ohne Datenausbeutung, Werbelogik und algorithmische Manipulation möglich wird.

PSI-21 wäre in diesem Sinne nicht nur ein Beteiligungsformat, sondern ein Baustein demokratischer Infrastruktur: ein geschützter öffentlicher Resonanzraum, in dem Jugendliche nicht als Datenquelle, Zielgruppe oder Aufmerksamkeitsressource erscheinen, sondern als Mitgestaltende des gemeinsamen Kulturraums.

PSI-21 versteht Jugendliche nicht als spätere Bürgerinnen und Bürger, sondern als gegenwärtige Mitwirkende eines sich erneuernden demokratischen Kulturraums. Es schafft eine Form öffentlicher Kommunikation, in der politische Verantwortungsebenen antworten müssen und Jugendliche erfahren, dass ihre Fragen nicht verpuffen. Damit wird politische Bildung nicht zur Gesinnungsbildung, sondern zur Erfahrungsbildung: zur gemeinsamen Einübung einer Kultur, in der Konflikt, Antwort und Verantwortung wieder miteinander verbunden werden.

Politische Bildung wird häufig als Vermittlung verstanden: Wissen über Institutionen, Kompetenzen der Urteilsbildung, demokratische Werte, Fähigkeit zur Partizipation. In dieser Definition steckt viel Richtiges. Und doch bleibt sie an einer entscheidenden Stelle zu kurz. Denn Demokratie lebt nicht nur davon, dass Menschen wissen, wie sie funktioniert. Sie lebt davon, dass Menschen sich selbst als Mitwirkende eines gemeinsamen Kulturraums erfahren.

Genau hier beginnt die eigentliche Leerstelle.

Wer politische Bildung nur als Vermittlung von Wissen, Kompetenzen und Werten beschreibt, bleibt im Modus der Anleitung. Lernende sollen befähigt werden, demokratische Rechte und Pflichten wahrzunehmen, Vielfalt zu schätzen und sich aktiv am demokratischen Leben zu beteiligen. Das ist notwendig, aber nicht hinreichend. Denn zwischen „etwas über Demokratie lernen“ und „sich als Teil einer demokratischen Verantwortungsgemeinschaft erleben“ liegt ein qualitativer Sprung.

Demokratie ist nicht nur ein System von Verfahren. Sie ist eine Kulturform. Sie lebt von Vertrauen, Selbstbegrenzung, Gegenseitigkeit, Anerkennung, Konfliktfähigkeit und der Erfahrung, dass die eigene Stimme in einem gemeinsamen Raum Bedeutung gewinnen kann. Diese Voraussetzungen lassen sich nicht einfach verordnen. Sie können auch nicht durch moralische Appelle stabil erzeugt werden. Sie müssen erfahren, eingeübt, verkörpert und sozial rückgebunden werden.

An dieser Stelle berühren sich Beutelsbach und Böckenförde.

Der Beutelsbacher Konsens schützt die Lernenden vor politischer Überwältigung. Er verlangt, dass kontroverse Fragen kontrovers sichtbar bleiben, und er fordert, dass Lernende in die Lage versetzt werden, ihre eigenen Interessen zu erkennen. Damit markiert er eine unverzichtbare Grenze: Politische Bildung darf nicht zur Gesinnungsproduktion werden. Sie darf jungen Menschen nicht vorschreiben, was sie zu denken haben.

Böckenförde beschreibt von der anderen Seite her ein anderes Problem: Der freiheitliche Staat lebt von Voraussetzungen, die er nicht selbst garantieren kann. Er kann Rechte sichern, Verfahren bereitstellen, Institutionen schaffen. Aber er kann nicht durch Befehl erzeugen, dass Bürgerinnen und Bürger innerlich bereit sind, Freiheit verantwortlich zu gebrauchen, Konflikte auszuhalten, Minderheiten zu achten und sich selbst als Teil eines größeren Gemeinwesens zu verstehen.

Zwischen beiden Gedanken entsteht die eigentliche Herausforderung politischer Bildung: Der Staat darf nicht indoktrinieren, aber Demokratie braucht kulturelle Bindung. Er darf keine Gesinnung erzwingen, aber er braucht Menschen, die Freiheit nicht nur konsumieren, sondern mittragen. Er darf Werte nicht autoritär einschreiben, aber er braucht Erfahrungsräume, in denen Werte praktisch bedeutsam werden.

Historisch wurde diese Rückbindung häufig religiös, familial oder milieuspezifisch geleistet. Religion, Vereine, Nachbarschaften, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und lokale Milieus vermittelten nicht nur Überzeugungen, sondern Zugehörigkeit. Sie stifteten Deutungsmuster, Rituale, Verbindlichkeiten und kulturelle Selbstverständlichkeiten. Man musste Demokratie nicht nur erklären, weil viele ihrer Voraussetzungen in sozialen Lebensformen mitgetragen wurden.

Diese alten Bindungsformen tragen heute immer weniger selbstverständlich. Gesellschaften sind pluraler, digitaler, mobiler, individualisierter und stärker durch mediale Fragmentierung geprägt. Das ist kein Verlust, den man romantisch beklagen muss. Es ist zunächst eine Tatsache moderner Freiheit. Aber diese Freiheit erzeugt eine neue Aufgabe: Wenn kulturelle Bindung nicht mehr von selbst aus Religion, Milieu oder Tradition entsteht, muss Demokratie neue Formen finden, in denen Menschen ihre Zugehörigkeit frei, reflektiert und wirksam erfahren können.

Genau hier reicht die klassische politische Bildung nicht mehr aus.

Sie bleibt zu oft im Dreischritt: informieren, diskutieren, beurteilen. Doch Jugendliche brauchen mehr als Informationen über Politik. Sie brauchen Erfahrungen mit politischer Wirksamkeit. Sie brauchen Räume, in denen sie nicht nur über Demokratie sprechen, sondern Demokratie als Beziehungsgeschehen erleben: als Konflikt, als Antwort, als Zumutung, als Anerkennung, als gemeinsame Suche nach tragfähigen Lösungen.

Politische Bildung müsste deshalb als Kulturbildung verstanden werden.

Kulturbildung meint hier nicht kulturelle Bildung im engen Sinn von Kunst, Theater oder Musik. Gemeint ist der Prozess, durch den eine Gesellschaft ihre gemeinsamen Wahrnehmungs-, Deutungs- und Handlungsmuster erneuert. Kultur ist nicht nur Erbe. Kultur ist die Art, wie eine Gesellschaft mit Wirklichkeit umgeht. Sie entscheidet darüber, welche Probleme gesehen werden, welche Stimmen Gehör finden, welche Konflikte als legitim gelten und welche Zukunft überhaupt vorstellbar wird.

Wenn politische Bildung diesen Kulturbildungsprozess nicht berührt, bleibt sie an der Oberfläche. Dann vermittelt sie demokratische Formen, ohne die darunterliegenden kulturellen Muster zu verändern. Sie erklärt Partizipation, ohne einen Raum zu schaffen, in dem junge Menschen Partizipation als wirksam erfahren. Sie spricht von Mündigkeit, lässt aber die eigentlichen Aushandlungsräume weiterhin in den Händen der bereits kulturell geprägten Erwachsenen.

Hier liegt der entscheidende blinde Fleck: Erwachsene Menschen sind nicht einfach neutral gegenüber Kultur. Sie sind selbst Produkte eines bestimmten Kulturraums. Ihre Vorstellungen von Vernunft, Ordnung, Schule, Politik, Jugend, Autorität und Verantwortung sind bereits geprägt.

Deshalb fällt es ihnen schwer, die Grenzen des eigenen Kulturraums zu erkennen. Was als „realistisch“, „vernünftig“ oder „bewährt“ gilt, ist oft nicht reine Einsicht, sondern geronnene Erfahrung einer vergangenen Ordnung.

Gerade deshalb braucht Demokratie die Jugend nicht nur als Zielgruppe politischer Bildung, sondern als eigenständigen Resonanzraum kultureller Erneuerung. Jugend ist nicht bloß eine Vorstufe zum Erwachsenenstatus. Sie ist eine gesellschaftliche Entwicklungsphase, in der Wirklichkeit neu befragt, Autorität irritiert, Zukunft imaginiert und kulturelle Anpassung neu ausgehandelt wird. Eine Gesellschaft, die Jugendliche nur belehrt, aber ihnen keine strukturelle Wirksamkeit zutraut, schwächt ihre eigene Erneuerungsfähigkeit.

PSI-21 könnte genau an dieser Stelle ansetzen.

Das Konzept beschreibt politische Bildung nicht als einmalige Veranstaltung, sondern als wiederkehrenden, altersgestaffelten und öffentlich rückgebundenen Erfahrungsraum. Jugendliche begegnen den politischen Verantwortungsebenen nicht abstrakt, sondern konkret: kommunal, landespolitisch, bundespolitisch und perspektivisch europäisch. Sie wählen Themen, bearbeiten Fragen, formulieren eigene Anliegen, geben Feedback, veröffentlichen Ergebnisse und erleben, dass politische Repräsentantinnen und Repräsentanten antworten müssen.

Damit entsteht etwas anderes als Unterricht über Demokratie. Es entsteht ein demokratischer Kulturraum.

Der entscheidende Punkt ist die Antwortpflicht. Ohne Antwort bleibt Beteiligung symbolisch. Jugendliche dürfen dann „mitreden“, aber sie erfahren nicht, dass ihre Stimme in einem realen Verantwortungszusammenhang steht. Eine Antwortpflicht verändert die Struktur: Politik wird nicht nur betrachtet, sondern adressiert. Jugendliche werden nicht nur befragt, sondern als Teil einer gemeinsamen Wirklichkeitsbildung anerkannt.

Das wäre keine Überwältigung im Sinne des Beutelsbacher Konsenses. Im Gegenteil: PSI-21 würde den Beutelsbacher Konsens vertiefen. Denn Überwältigung entsteht dort, wo Lernende auf erwünschte Meinungen festgelegt werden. Ein offener Erfahrungsraum mit echter Kontroversität und institutioneller Antwortpflicht tut das Gegenteil. Er schreibt nicht vor, was Jugendliche denken sollen. Er schafft die Bedingungen, unter denen sie lernen können, ihre eigenen Fragen, Interessen und Urteile öffentlich zu prüfen.

Auch Böckenfördes Problem würde dadurch nicht „gelöst“, aber demokratisch bearbeitbar. Der Staat kann die inneren Voraussetzungen der Freiheit nicht garantieren. Aber er kann Räume schützen, in denen solche Voraussetzungen entstehen können, ohne erzwungen zu werden. Er kann Verfahren schaffen, in denen Bindung nicht durch Dogma, sondern durch Erfahrung wächst. Er kann Jugendliche nicht zu Demokratinnen und Demokraten machen, aber er kann ihnen ermöglichen, Demokratie als eigene Mitverantwortung zu erleben.

Das ist der Unterschied zwischen Wertevermittlung und Wertbildung.

Wertevermittlung sagt: Diese Werte gelten. Wertbildung fragt: Unter welchen Bedingungen werden Werte zu eigener Erfahrung? Demokratie kann nicht nur über Normen stabilisiert werden. Sie braucht Situationen, in denen Freiheit, Gleichheit, Pluralismus und Verantwortung als gelebte Praxis erfahrbar werden. Erst dann werden sie nicht bloß gewusst, sondern im Selbst verankert.

Ein solcher Ansatz wäre auch eine Antwort auf die kulturelle Stagnation der Gegenwart. Viele Gesellschaften wissen längst, dass sie sich verändern müssten. Sie wissen um ökologische Grenzen, digitale Umbrüche, soziale Spaltungen, Vertrauensverluste und die Überforderung bestehender Institutionen. Aber Wissen allein erzeugt noch keine Handlungsfähigkeit. Oft verstärkt es sogar Ohnmacht, wenn keine Räume vorhanden sind, in denen neues Handeln erprobt werden kann.

Die Angst vor Veränderung entsteht nicht nur aus Unwissen. Sie entsteht aus fehlender Erfahrung mit gelingender Veränderung. Wer nie erlebt hat, dass gemeinsame Aushandlung zu tragfähigen Lösungen führen kann, klammert sich an alte Muster. Wer in seiner politischen Sozialisation keine Wirksamkeit erfahren hat, erlebt Demokratie später leicht als fremdes System: als Bühne anderer, als Streit der Mächtigen, als Verwaltung von Zumutungen.

PSI-21 würde Jugendlichen ermöglichen, Veränderung nicht erst als Krise, sondern als gestaltbaren Prozess kennenzulernen. Es würde politische Bildung aus dem Reparaturmodus lösen und in einen vorsorgenden Kulturbildungsprozess überführen. Nicht erst dann, wenn Vertrauen verloren ist, Radikalisierung droht oder Demokratie geschützt werden muss, sondern vorher: in jener sensiblen Entwicklungsphase, in der Menschen ihre Beziehung zur Welt, zu sich selbst und zur Gesellschaft ausbilden.

Damit verschiebt sich der Begriff politischer Bildung grundlegend.

Politische Bildung wäre nicht mehr nur Vorbereitung auf spätere Teilhabe. Sie wäre selbst Teilhabe. Sie wäre nicht nur Vermittlung demokratischer Werte. Sie wäre Mitgestaltung der Bedingungen, unter denen demokratische Werte kulturell erneuert werden. Sie wäre nicht nur Reaktion auf Demokratiedefizite. Sie wäre eine Infrastruktur demokratischer Regeneration. In der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Situation hätte der Aufbau solcher öffentlichen digitalen Infrastrukturen zudem eine doppelte Bedeutung. Er wäre nicht nur eine demokratische Antwort auf die Abhängigkeit von kommerziellen Plattformen, sondern auch ein gezielter Zukunftsinvestitionsimpuls.

Öffentliche Investitionen in gemeinwohlorientierte digitale Commons könnten die Wirtschaft ankurbeln, ohne lediglich kurzfristigen Konsum zu stimulieren. Sie würden Aufträge für Softwareentwicklung, IT-Sicherheit, offene Standards, Bildungstechnologien, Moderationskonzepte, Datenschutzarchitektur, barrierefreie Gestaltung und kommunale Umsetzung schaffen. Zugleich entstünde eine technische Infrastruktur, die nicht nach der Logik privater Plattformmärkte funktioniert, sondern als demokratische Daseinsvorsorge angelegt ist.

Damit würde der Staat nicht einfach Geld ausgeben, sondern gesellschaftliche Handlungsfähigkeit aufbauen. Eine solche Infrastruktur könnte Schulen, Kommunen, Jugendbeteiligung, politische Bildung, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und öffentliche Verwaltung miteinander verbinden. Sie würde Erfahrungsräume schaffen, in denen junge Menschen demokratische Wirksamkeit nicht nur symbolisch erleben, sondern technisch, organisatorisch und institutionell abgesichert erfahren.

Gerade künftige Krisen — ökologische, soziale, technologische oder geopolitische — zeigen, wie entscheidend belastbare Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen sind. Gesellschaften, die erst in der Krise versuchen, Vertrauen, Orientierung und kollektive Lernfähigkeit herzustellen, kommen zu spät. Resilienz entsteht vorher: durch Infrastrukturen, die Verständigung ermöglichen, Beteiligung einüben, Wissen zugänglich machen und Verantwortungsebenen miteinander verbinden.

Investitionen in echte digitale Commons wären deshalb kein Luxusprojekt, sondern ein modernes Infrastrukturprogramm. So wie frühere Generationen Straßen, Schulen, Bibliotheken, Energie- und Wassernetze aufgebaut haben, braucht die demokratische Gesellschaft des 21. Jahrhunderts öffentliche digitale Räume, die nicht der Verwertung von Aufmerksamkeit dienen, sondern der Erneuerung gemeinsamer Handlungsfähigkeit.

PSI-21 könnte in diesem Zusammenhang als Prototyp einer solchen demokratischen Zukunftsinfrastruktur verstanden werden: als Verbindung von politischer Bildung, öffentlicher Kommunikation, technischer Resilienz und wirtschaftlicher Modernisierung.

Der entscheidende Satz könnte lauten:

Politische Bildung erfüllt ihren demokratischen Auftrag erst dann vollständig, wenn sie Lernenden nicht nur Wissen über Demokratie vermittelt, sondern ihnen einen geschützten und wirksamen Raum eröffnet, in dem sie als Mitgestaltende des gemeinsamen Kulturraums auftreten können.

In diesem Sinne wäre PSI-21 keine Ergänzung am Rand, sondern eine strukturelle Antwort auf eine zentrale Lücke moderner Demokratien. Es verbindet den Schutz vor Indoktrination mit der Notwendigkeit kultureller Bindung. Es respektiert die Offenheit demokratischer Urteilsbildung und schafft zugleich Verbindlichkeit. Es nimmt Jugendliche nicht als Problemgruppe, sondern als Träger demokratischer Erneuerung ernst.

Eine Demokratie, die ihre Jugend nur belehrt, reproduziert ihre Vergangenheit. Eine Demokratie, die ihrer Jugend antwortet, öffnet sich für Zukunft.

Berlin, dem 20/23.06.2026

Weiterführende Links:

https://psi-21.info/
https://days4future.eu/
https://days4future.eu/zu-dumm-fuer-die-zukunft/

Der hier dargestellte Ansatz ist Teil des Buchprojekts:

„Kairos kontra Krise – Evolutionäre Wege zur kulturellen Mündigkeit“

Eine Rohfassung des Buches steht derzeit online als Download zur Verfügung.
Für eine überarbeitete Printausgabe wird ein Verlag gesucht.

Download:
https://c.web.de/@337590250505245815/oKSqtF-stC69tx2OmIGCaA